



Finanzzwischenbericht des Landkreises Esslingen zum 31. Mai 2018

1 Prognose der Gesamtergebnisrechnung

1.1 Prognose der Gesamtergebnisrechnung

Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2018	Prognose 2018	Abweichung Ansatz/Prognose	
		EUR	EUR	EUR	%
1	Steuern und ähnliche Abgaben	3.100.000	3.100.000	0	0%
	<i>Schlüsselzuweisungen</i>	64.483.000	68.808.400	4.325.400	7%
	§ 11 Abs. 1 FAG	5.619.000	6.810.400	1.191.400	21%
	§ 11 Abs. 4/5 FAG	14.556.000	14.708.500	152.500	1%
	Kleinkindförderung § 29c FAG	3.904.000	4.411.400	507.400	13%
	Sachkostenbeiträge	14.069.600	14.167.000	97.400	1%
	Grunderwerbsteuer	34.000.000	36.700.000	2.700.000	8%
	Landesgebühren, Bußgelder	14.478.500	15.178.500	700.000	5%
	Landeszuschuss Ruine Reußenstein	45.000	0	-45.000	-100%
	Sozialer Leistungsbereich	60.616.000	62.716.000	2.100.000	3%
	sonstige	250.940.500	250.940.500	0	0%
2	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	462.711.600	474.440.700	11.729.100	3%
3	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	2.279.200	2.279.200	0	0%
4	Sonstige Transfererträge	18.740.000	22.410.000	3.670.000	20%
5	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	2.273.100	2.273.100	0	0%
6	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	2.218.000	2.218.000	0	0%
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	95.525.700	92.855.700	-2.670.000	-3%
8	Zinsen und ähnliche Erträge	252.100	252.100	0	0%
10	Sonstige ordentliche Erträge	750.700	750.700	0	0%
11	Ordentliche Erträge	587.850.400	600.579.500	12.729.100	2%
12	Personalaufwendungen	-98.140.800	-97.000.800	1.140.000	-1%
13	Versorgungsaufwendungen	-1.683.400	-1.683.400	0	0%
14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-64.899.500	-63.899.500	1.000.000	-2%
15	Abschreibungen	-21.365.300	-21.365.300	0	0%
16	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-6.412.100	-6.312.100	100.000	-2%
17	Transferaufwendungen	-284.622.100	-297.522.100	-12.900.000	5%
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-104.715.900	-103.385.900	1.330.000	-1%
19	Ordentliche Aufwendungen	-581.839.100	-591.169.100	-9.330.000	2%
20	Ordentliches Ergebnis	6.011.300	9.410.400	3.399.100	57%
21	Außerordentliche Erträge	0	0	0	
22	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	
23	Sonderergebnis	0	0	0	
24	Gesamtergebnis	6.011.300	9.410.400	3.399.100	57%

1.2 Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen:

Nr. 2 Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen

Durch die Anhebung des Kopfbetrages von 691 € auf 696 € sowie höhere Einwohnerzahlen sind deutliche Mehrerträge bei den Schlüsselzuweisungen zu erwarten. Höhere Einwohner- und Schülerzahlen sind im Wesentlichen für die Mehrerträge bei den sonstigen FAG-Zuweisungen verantwortlich.

Die Investitionen in die mobilen und stationären Geschwindigkeitsmessenanlagen lassen allein Mehrerträge von 0,6 Mio. € bei den Bußgeldern in 2018 erwarten.

Nr. 4 Sonstige Transfererträge

Auf die Erläuterungen zum Sozialen Leistungsbereich bei Ziffer 1.4 wird verwiesen.

Nr. 7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Aufgrund Einsparungen bei den Personalaufwendungen beim Amt für Flüchtlingshilfe (0,4 Mio. €) sowie nicht erstattungsfähigen Fehlbelegern (1,6 Mio. €) müssen die Kostenerstattungen vom Land für die vorläufige Unterbringung um 2,0 Mio. € reduziert werden. Auch im Sozialen Leistungsbereich werden Mindererträge von 0,7 Mio. € erwartet.

Nr. 12 Personalaufwendungen

Die Einsparungen resultieren in erster Linie aus dem Stellenabbau beim Amt für Flüchtlingshilfe (0,6 Mio. €) sowie der verzögerten Besetzung von freien Stellen in vielen Bereichen der übrigen Landkreisverwaltung (0,5 Mio. €). Die Einsparungen im Bereich der vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen führen zu Mindererträgen bei den Kostenerstattungen durch das Land von voraussichtlich 0,4 Mio. € (Nr. 7).

Nr. 14 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Auch in 2018 können die Sanierungsarbeiten der Burgruine Reußenstein nicht durchgeführt werden.

Nr. 17 Transferaufwendungen

Auf die Erläuterungen zum Sozialen Leistungsbereich bei Ziffer 1.4 wird verwiesen.

Nr. 18 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die Abweichung setzt sich aus einer Einsparung von 1,7 Mio. € im Sozialen Leistungsbereich (siehe Erläuterungen bei Ziffer 1.4) sowie aus Mehraufwendungen bei der Schülerbeförderung (0,4 Mio. €) insbesondere aufgrund höherer Schülerzahlen sowie nicht vorhersehbaren Kostensteigerungen bei den Beförderungsverträgen zusammen.

1.3 Prognose der Ergebnisse in den Teilhaushalten und in der Gesamtergebnisrechnung

Ordentliche Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2018	Prognose 2018	Abweichung Ansatz/Prognose		Erläuterung
	EUR	EUR	EUR	%	
TH 1 - Innere Verwaltung					
Erträge	3.977.500	4.577.500	600.000	15%	Bußgelder
Aufwendungen	-22.659.527	-22.659.527	0	0%	
Ordentliches Ergebnis	-18.682.027	-18.082.027	600.000	-3%	
TH 2 - Immobilienmanagement					
Erträge	2.948.400	2.903.400	-45.000	-2%	Landeszuschuss Ruine Reußenstein
Aufwendungen	-57.362.916	-56.262.916	1.100.000	-2%	Ruine Reußenstein 1 Mio.€, Personal 0,1 Mio.€
Ordentliches Ergebnis	-54.414.516	-53.359.516	1.055.000	-2%	
TH 3 - Sicherheit, Ordnung, und Gesundheitsdienste					
Erträge	7.817.500	7.817.500	0	0%	
Aufwendungen	-18.930.642	-18.930.642	0	0%	
Ordentliches Ergebnis	-11.113.142	-11.113.142	0	0%	
TH 4 - Bildung					
Erträge	31.669.900	31.767.300	97.400	0%	Sachkostenbeiträge
Aufwendungen	-33.882.545	-34.042.545	-160.000	0%	Schülerbeförderung -0,4 Mio.€, Personal +0,2 Mio.€
Ordentliches Ergebnis	-2.212.645	-2.275.245	-62.600	3%	
TH 5 - Kultur					
Erträge	739.000	739.000	0	0%	
Aufwendungen	-3.308.887	-3.308.887	0	0%	
Ordentliches Ergebnis	-2.569.887	-2.569.887	0	0%	
TH 6 - Soziales und Jugend					
Erträge	160.797.900	164.405.300	3.607.400	2%	Soz.Leistungsber. +5,1 Mio.€, Kleinkindförd. §29cFAG +0,5 Mio.€, FlüAG-Erst. -2 Mio.€,
Aufwendungen	-349.467.491	-360.067.491	-10.600.000	3%	Soz.Leistungsber. -11,2 Mio.€, Personal FlüAG +0,6 Mio.€
Ordentliches Ergebnis	-188.669.591	-195.662.191	-6.992.600	4%	
<i>davon</i>					
<i>Nettoaufwand Sozialer Leistungsbereich</i>	<i>-171.545.848</i>	<i>-177.645.848</i>	<i>-6.100.000</i>	<i>4%</i>	
TH 7 - OPNV, Straßen, Vermessung					
Erträge	19.393.600	19.393.600	0	0%	
Aufwendungen	-49.190.933	-49.090.933	100.000	0%	Personal
Ordentliches Ergebnis	-29.797.333	-29.697.333	100.000	0%	
TH 8 - Bauen, Umweltschutz, Wirtschaftsförderung					
Erträge	3.859.600	3.959.600	100.000	3%	Gebühren Baurecht
Aufwendungen	-11.129.659	-10.999.659	130.000	-1%	Personal
Ordentliches Ergebnis	-7.270.059	-7.040.059	230.000	-3%	
TH 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft					
Erträge	356.647.000	365.016.300	8.369.300	2%	Schlüsselzuweisungen +4,3 Mio.€, Grunderwerbsteuer +2,7 Mio.€, sonstige FAG +1,3 Mio.€
Aufwendungen	-35.906.500	-35.806.500	100.000	0%	Zinsen
Ordentliches Ergebnis	320.740.500	329.209.800	8.469.300	3%	
GESAMT					
Erträge	587.850.400	600.579.500	12.729.100	2%	
Aufwendungen	-581.839.100	-591.169.100	-9.330.000	2%	
Ordentliches Ergebnis	6.011.300	9.410.400	3.399.100	57%	

1.4 Weitere Erläuterungen:

Teilhaushalt 6 – Soziales und Jugend

Sozialer Leistungsbereich

Der Mehrbedarf beim Nettoaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

Hilfe zur Pflege	- 1,0 Mio. EUR
Eingliederhilfe für Menschen mit Behinderung	- 0,7 Mio. EUR
Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II	+ 3,7 Mio. EUR
Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler	- 4,2 Mio. EUR
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	- 3,7 Mio. EUR
Sonstiges	- 0,2 Mio. EUR
insgesamt	- 6,1 Mio. EUR

In der **Hilfe zur Pflege** wird sich eine Planüberschreitung in Höhe von voraussichtlich rd. 0,990 Mio. € ergeben. Während im Jahr 2017 die Neuregelungen der Pflegeversicherungsgesetze II und III durchschnittlich höhere Pflegeversicherungsleistungen bewirkten und kurzfristig zu einer Entlastung für die Sozialhilfeträger gesorgt haben, zeigt sich bereits im Jahr 2018 das entgegengesetzte Bild. Wie vorausgesagt, erhalten neue Antragssteller bei der Begutachtung in der Regel eine vergleichsweise niedrigere Einstufung in die Pflegegrade als die zum 01.01.2017 pauschal übergeleiteten Bestandsfälle. Durch die altersbedingt große Fluktuation unter den Leistungsempfängern hat sich diese Entlastung bereits nach nur einem Jahr weitgehend nivelliert. Hinzu kommen weitere Faktoren, wie verbesserte Personalschlüssel und überproportionale Tarifsteigerungen, die sich auf die einrichtungseinheitlichen Eigenanteile (EEE) kostensteigernd auswirken und vom zu Pflegenden bzw. über die Hilfe zur Pflege zu finanzieren sind.

Für den Bereich der **Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung** zeichnet sich ein Mehrbedarf von netto rd. 0,680 Mio. € ab. Durch unerwartete Mehrerträge aus Einnahmen von Sozialleistungsträgern sowie durch Nachzahlungen an BAföG können die Mehraufwendungen weitgehend wieder ausgeglichen werden.

Bei der **Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II** ist von einem Minderbedarf gegenüber dem Planansatz in Höhe von 3,700 Mio. € auszugehen. Zurückzuführen ist dieser Minderbedarf vor allem auf die erstattungsfähigen Kosten der Unterkunft, die zum Jahresende 2018 voraussichtlich rd. 56,300 Mio. € betragen und damit rd. 1,700 Mio. € unter dem Planansatz von 58,000 Mio. € bleiben werden. Darüber hinaus ergeben sich Verbesserungen bei den Zuweisungen der Wohngeldentlastung des Landes nach SGB II sowie eine Reihe von Nachzahlungen für die Jahre 2016, 2017 und 2018, die überwiegend mit den flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft in Zusammenhang stehen.

Im Bereich der **Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler** ist zum Jahresende für die Personenkreise der Vorläufigen Unterbringung und der Anschlussunterbringung ein Mehrbedarf gegenüber dem Planansatz in Höhe von insgesamt 4,200 Mio. € zu erwarten. Auch für das Jahr 2018 ist bei der Vorläufigen Unterbringung von einer nachgelagerten Spitzabrechnung auszugehen. Strittig zwischen dem Land und den Landkreisen ist jedoch noch die Kostentragung für die sogenannten „Fehlbeleger“. Die Kosten für Leistungen und Krankenhilfen nach AsylbLG für diesen Personenkreis belaufen sich in 2018 voraussichtlich auf 2,300 Mio. €. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung wurde von einer vollständigen Kostenübernahme des Landes ausgegangen. Auf die Ausführungen zu dieser Problematik (siehe „Fehlbeleger-

Problematik“) wird hingewiesen. Aufgrund der zu niedrigen Veranschlagung wird mit weiteren Mehraufwendungen im Bereich der Anschlussunterbringung von 1,900 Mio. € gerechnet.

Bei der **Kinder, Jugend- und Familienhilfe** einschließlich Unterhaltsvorschuss wird nach aktueller Prognose ein Mehrbedarf gegenüber dem Planansatz von 3,670 Mio. € erwartet. Hauptauslöser für den Mehrbedarf sind die höheren Aufwendungen bei den individuellen Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschließlich Krisenintervention sowie die Auswirkungen der Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes, das ab 01.07.2017 in Kraft trat. Ein deutlicher Anstieg ist bei den ambulanten Hilfen zu verzeichnen. Mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche möglichst lange in ihren Herkunftsfamilien zu betreuen, wurden z. B. die ambulanten Sozialpädagogischen Familienhilfen (I-SPFH) seit 2016 verstärkt ausgebaut und dabei Angebote bei freien Trägern der Jugendhilfe geschaffen. Auf diese Weise können kostenintensive stationäre Unterbringungen hinausgezögert oder teilweise auch vermieden werden. Ohne das Instrument der I-SPFH hätten die Kosten für andere Leistungsarten noch deutlicher zugenommen. Einen Zuwachs haben auch die stationären Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen nach § 35 a SGB VIII und die Hilfen für junge Volljährige erfahren. Ein überproportionaler Anstieg der Aufwendungen zeigt sich schließlich in der ambulanten Eingliederungshilfe, vor allem in der Schulbegleitung.

Unterbringung von Flüchtlingen – „Fehlbeleger-Problematik“

Als Fehlbeleger werden Personen bezeichnet, die sich trotz rechtskräftiger Anerkennung oder Duldung oder länger als 24 Monate in der Vorläufigen Unterbringung aufhalten, obwohl sie nach den Bestimmungen des FlüAG bereits den Städten und Gemeinden zur Anschlussunterbringung hätten zugewiesen werden müssen. Nach Rechtsauffassung des Landes muss der Landkreis unmittelbar nach Abschluss des Verfahrens bzw. nach Ablauf der 24 Monate für die Kosten aufkommen. Dies gilt selbst dann, wenn die betroffene Person mangels geeigneter Anschlussunterbringungsmöglichkeiten in der Vorläufigen Unterbringung verbleiben muss.

Im Zuge diesbezüglicher Prüfungsbeanstandungen des Rechnungshofes Baden-Württemberg war der Landkreis gezwungen, zu Lasten des Ergebnisses 2017 Korrekturen für die Jahre 2015 bis 2017 in Höhe von 4,6 Mio. € vorzunehmen.

Für das Jahr 2018 ist für die Fehlbeleger bei einem Berechnungsmaßstab analog der Jahre 2015 bis 2017 als Minimum von folgenden Nettoaufwendungen in den einzelnen Bereichen der Pauschalen auszugehen:

Liegenschaften	- 0,835 Mio. EUR
Verwaltung	- 0,458 Mio. EUR
Betreuung	- 0,309 Mio. EUR
Leistungen AsylbLG (Sozialer Leistungsbereich)	- 1,685 Mio. EUR
Krankenhilfen AsylbLG (Sozialer Leistungsbereich)	- 0,511 Mio. EUR
insgesamt	- 3,798 Mio. EUR

Aktuell stehen der Landkreistag und der Städtetag mit dem Land in Verhandlungen, um für die Problematik der Fehlbeleger eine adäquate Kostenerstattungsregelung zu erreichen. Dasselbe gilt für die (noch ungleich höheren) Kosten der Anschlussunterbringung. Auch hier sind die Spitzenverbände um eine Lösung bemüht. Ein Ergebnis der Verhandlungen zeichnet sich derzeit allerdings noch nicht ab. Falls die Bestrebungen des Landkreistages Erfolg zeigen und der Landkreis zusätzliche Zuweisungen des Landes erhält, würde sich der prognostizierte Mehrbedarf entsprechend verringern.

2. Finanzlage

2.1 Investitionstätigkeit - Prognose der Ergebnisse in den Teilhaushalten und im Gesamthaushalt

Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Ansatz 2018	Prognose 2018	Abweichung Ansatz/Prognose		Erläuterung
	EUR	EUR	EUR	%	
TH 2 - Immobilienmanagement					
<i>Erlöse Gemeinschaftskünfte</i>	0	1.100.000	1.100.000		Verkauf i.d.R. an Kommunen
<i>Sonstige</i>	1.156.900	1.156.900	0	0%	
Einzahlungen	1.156.900	2.256.900	1.100.000	95%	
<i>Neubau Verw.geb. Plochingen</i>	0	-400.000	-400.000		Sitzungsvorlage Nr. 59/2018
<i>Umbau ehem. Klinik Plochingen</i>	-900.000	-4.700.000	-3.800.000	422%	Sitzungsvorlage Nr. 66/2018
<i>Gemeinschaftsunterkünfte</i>	-3.000.000	-1.000.000	2.000.000	-67%	Restarbeiten, Abbau von Kapazität
<i>Albert-Schäffle-Schule</i>	-8.636.100	-12.396.100	-3.760.000	44%	schnellerer Baufortschritt, Sitzungsvorlage Nr. 58/2018
<i>Sporthalle PMH NT</i>	-500.000	0	500.000	-100%	Verschiebung nach 2020ff., Sitzungsvorlage Nr. 24/2018
<i>Sonstige</i>	-8.606.000	-8.606.000	0	0%	
Auszahlungen	-21.642.100	-27.102.100	-5.460.000	25%	
Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf	-20.485.200	-24.845.200	-4.360.000	21%	
TH 5 - Kultur					
<i>Einzahlungen</i>	30.000	30.000	0	0%	
<i>Auszahlungen</i>	-1.250.000	-1.250.000	0	0%	
Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf	-1.220.000	-1.220.000	0	0%	
TH 7 - ÖPNV, Straßen, Vermessung					
<i>Einzahlungen</i>	1.336.000	1.336.000	0	0%	
<i>Auszahlungen</i>	-7.892.000	-7.892.000	0	0%	
Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf	-6.556.000	-6.556.000	0	0%	
Sonstige TH					
<i>Einzahlungen</i>	840.300	840.300	0	0%	
<i>Breitbandausbau</i>	-1.000.000	-200.000	800.000	-80%	Verstärktes eigenwirtschaftliches Engagement, daher nur noch Lückenschlüsse notwendig
<i>Sonstige</i>	-1.495.600	-1.495.600	0	0%	
<i>Auszahlungen</i>	-2.495.600	-1.695.600	800.000	-32%	
Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf	-1.655.300	-855.300	800.000	-48%	
GESAMT					
<i>Einzahlungen</i>	3.363.200	4.463.200	1.100.000	33%	
<i>Auszahlungen</i>	-33.279.700	-37.939.700	-4.660.000	14%	
Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit	-29.916.500	-33.476.500	-3.560.000	12%	

Der Mehrbedarf von 3,6 Mio. € kann durch die voraussichtliche Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses nahezu ausgeglichen werden.

2.2 Prognose der Gesamtfinanzzrechnung

Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2018	Prognose 2018	Abweichung PLAN/Prognose	
		EUR	EUR	EUR	%
1	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	585.013.500	597.742.600	12.729.100	2%
2	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-560.235.000	-569.565.000	-9.330.000	2%
3	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung	24.778.500	28.177.600	3.399.100	14%
4	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.363.200	4.463.200	1.100.000	33%
5	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-33.279.700	-37.939.700	-4.660.000	14%
6	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	-29.916.500	-33.476.500	-3.560.000	12%
7	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	-5.138.000	-5.298.900	-160.900	3%
8	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	1.500.000	1.500.000	0	0%
9	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	-15.704.400	-15.704.400	0	0%
10	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit	-14.204.400	-14.204.400	0	0%
11	Anderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres	-19.342.400	-19.503.300	-160.900	1%
12	Überschuss/Bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen		7.130.879		
13	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln		2.159.559		
14	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln		-12.372.421		
15	Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres		-10.212.862		

Sämtliche voraussichtlichen Veränderungen der Ergebnisrechnung sind zahlungswirksam und wirken sich daher entsprechend auf den Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung aus (Nummer 3).

Der prognostizierte Überschuss aus **haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen** (Nummer 12) von rund 7,1 Mio. € entsteht aus den Erstattungen von Anzahlungen des Leasinggebers nach der Inbetriebnahme der Systemwohneinheiten zur Unterbringung von Flüchtlingen.

2.3 Prognose der Liquidität

Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ist 2017	Prognose 2018
			EUR	EUR
1		Zahlungsmittelbestand zum Jahresbeginn	27.487.566	2.159.559
2	+/-	Veränderung der Zahlungsmittel im Haushaltsjahr	-25.328.006	-12.372.421
3	=	Endbestand an Zahlungsmitteln am Jahresende	2.159.559	-10.212.862
4	+	Sonstige Einlagen aus Kassenmitteln zum Jahresende	0	0
5	-	Bestand an Kassenkrediten zum Jahresende	0	0
6	=	liquide Eigenmittel zum Jahresende	2.159.559	-10.212.862
7	-	übertragene Ermächtigungen für Auszahlungen	-16.258.210	-15.200.000
8	+	nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen (auch aus Vorjahren) für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	0	0
9	+	übertragene Ermächtigungen für Investitionszuwendungen, Investitionsbeiträge und ähnliche Entgelte für Investitionstätigkeit	427.306	0
10	=	voraussichtliche bereinigte liquide Eigenmittel zum Jahresende	-13.671.344	-25.412.862
11	-	davon: für zweckgebundene Rücklagen gebunden	0	0
12	-	für sonstige bestimmte Zwecke gebunden	-7.047.600	0
13	-	für Kreisumlage gebunden	0	0
14	=	bereinigte liquide Eigenmittel zum Jahresende ohne gebundene Mittel	-20.718.944	-25.412.862
15		nachrichtlich: Mindestliquidität	9.394.082	10.167.332

Zum Zeitpunkt der Fortschreibung des Finanzzwischenberichts zum 30.10.2017 wurde von liquiden Eigenmitteln zum Jahresende 2017 von 29,1 Mio. € ausgegangen. Dies war auch Grundlage für die Haushaltsplanung 2018. Dabei wurde unterstellt, dass die Kostenerstattungen des Landes für die Flüchtlingsunterbringung in den jeweiligen Jahren auch tatsächlich kassenwirksam eingehen werden. Dies war nicht der Fall. Ende 2017 betragen die Forderungen gegenüber dem Land aus der Spitzabrechnung 41,8 Mio. €. Dies hatte zur Folge, dass der Zahlungsmittelbestand zum 01.01.2018 gerade einmal 2,2 Mio. € beträgt (Nummer 1).

Bei den übertragenen Ermächtigungen für Auszahlungen (Nummer 7) wurde für die Prognose der Durchschnitt der letzten 5 Jahre angenommen.

Die für die Albert-Schäffle-Schule gebundenen Eigenmittel (Nummer 12) werden in 2018 vollständig in Anspruch genommen.

Die voraussichtlichen Verbesserungen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von rund 3,4 Mio. € werden für die Finanzierung des Mehrbedarfs im investiven Finanzhaushalt benötigt. Es können daher keine Mittel aus der Verbesserung zur Entlastung der Kreisumlage nach Ziffer 3 der Finanzierungsleitlinien vom 14.12.2017 gebunden werden (Nummer 13).

Die fehlenden liquiden Eigenmittel zum Jahresende von voraussichtlich 10,2 Mio. € müssen durch die Aufnahme von Kassenkrediten kompensiert werden. Die Mindestliquidität wird um 20,4 Mio. € verfehlt.

3. Verschuldung

3.1 Prognose der Verschuldung zum Jahresende

Entwicklung Schulden	Kernhaushalt inkl. PPP Verw.geb. Pulverwiesen	Investitions- kosten- zuschüsse Kreiskliniken	Summe Landkreis
Schuldenstand 31.12.2017	81.668.709 €	91.079.693 €	172.748.402 €
Neuverschuldung	1.500.000 €	0 €	1.500.000 €
Tilgung 2018	-10.095.854 €	-4.863.221 €	-14.959.075 €
voraussichtl. Schuldenstand 31.12.2018	73.072.855 €	86.216.472 €	159.289.327 €

Es ergeben sich keine Planabweichungen.

Esslingen am Neckar, 29. Juni 2018



Monika Dostal
Kreiskämmerin